
Vorsitz: Belarus**1008. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 4. Mai 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)
- Beginn: 10.00 Uhr
Schluss: 11.00 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Dapkiunas

Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach der Vorsitzende einige einleitende Worte zur Eröffnung (Anhang 1).

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Erklärungen zum belarussischen FSK-Vorsitz und zur gegenwärtigen Sicherheitslage im OSZE-Raum: Russische Föderation (Anhang 2), Vorsitz (Anhang 3), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 4), Ukraine (Anhang 5), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, San Marino und der Ukraine) (Anhang 6), Kanada (Anhang 7), Vereinigtes Königreich (Anhang 8), Schweiz (FSC.DEL/192/22 OSCE+), Belgien (Anhang 9)

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Laufende Alarmierungsübung zur Überprüfung der militärischen Einsatzbereitschaft in Belarus:* Belarus
- (b) *Konferenz über humanitäre Minenräumung und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) am 31. März und 1. April 2022 in Baku:* Aserbaidschan (FSC.DEL/199/22 OSCE+)

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 11. Mai 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

1008. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1014, Punkt 2

**ERKLÄRUNG
DES VORSITZENDEN**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

ich heiße Sie zu dieser ordentlichen Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) willkommen.

Ich möchte Sie auf die Informationen zu technischen und organisatorischen Fragen aufmerksam machen, die gestern in dem Schreiben zu den Einzelheiten der heutigen Sitzung verteilt wurden.

Normalerweise gibt der oder die Vorsitzende diese lange Liste von Hinweisen und Empfehlungen mündlich bekannt. Um die Zeit der verehrten Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht übermäßig zu beanspruchen, werden wir dies nicht tun.

Unserer Ansicht nach wäre es effizienter und praktischer, wenn sich alle vor der Sitzung und anhand der schriftlichen Unterlagen mit diesen verfahrenstechnischen Ankündigungen vertraut machen würden.

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die noch nicht mit der Verwendung von Zoom und den Regeln für die Arbeit des Forums vertraut sind, legen wir eine besonders sorgfältige Lektüre dieser Informationen ans Herz.

Im Rahmen seines Mandats und entsprechend der gängigen Praxis hat der Vorsitz auf diesbezügliches Ersuchen hin beschlossen, Vertreterinnen und Vertretern des Sekretariats der Vereinten Nationen, der NATO und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit die Beobachtung der Arbeit des Forums zu gestatten.

Bevor ich zum Haupttagesordnungspunkt unserer Sitzung übergehe, möchte ich die verehrten Delegationen der Teilnehmerstaaten darüber in Kenntnis setzen, wie die Tätigkeit des Forums während des belarussischen Vorsitzes organisiert werden wird.

Einige von Ihnen haben vielleicht schon einige Änderungen am Format des Forums bemerkt.

Wie Sie sich vielleicht denken können, besteht der Hauptgrund für die vom Vorsitz vorgeschlagenen Neuerungen in den tragischen Ereignissen der letzten Monate und deren massiven Auswirkungen auf das Klima der Zusammenarbeit zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten.

In den kommenden drei Monaten wird der gewohnte Schwerpunkt auf der besonderen Rolle des FSK-Vorsitzes fehlen. Wir werden die Eröffnungssitzung des neuen Vorsitzes heute nicht in der gewohnten Form abhalten. In drei Monaten wird es auch keinen förmlichen Abschluss geben. Wie Sie sehen, haben wir uns entschlossen, davon abzusehen, den Vorsitz zur Imagepflege zu nutzen.

Belarus hat nicht die Absicht, im Zuge seines Vorsitzes im Forum irgendwelche eigenen thematischen Prioritäten zu befördern. Unser Hauptanliegen als Vorsitz ist es, zu versuchen, das Forum als wichtige Plattform für den Informations- und Meinungs austausch und den politisch-militärischen Dialog zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten zu erhalten.

Wir haben beschlossen, auf die traditionellen protokollarischen Veranstaltungen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums und das protokollarische Beiwerk insgesamt zu verzichten. Unserer Ansicht nach wäre die Beibehaltung des herkömmlichen protokollarischen Rahmens des Forums in einer Situation, in der Blut vergossen und Menschen getötet werden, unangemessen.

Nach dem vorläufigen Kalender des Forums sind keine Sicherheitsdialoge vorgesehen. Wir haben der auf der letzten Sitzung des Forums geäußerten Forderung, die Sicherheitsdialoge wieder auf die Tagesordnung des FSK zu setzen, gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Ich denke aber, Sie werden mir zustimmen, dass die Sicherheitsdialoge eine spezielle Form der Erörterung darstellen, die den Forumsteilnehmerinnen und -teilnehmern ein besonderes Maß an Offenheit und gutem Willen abverlangt, nicht zuletzt aufgrund der Teilnahme externer Gäste. Zu unserem großen Bedauern ist eine solche Atmosphäre heute weder in der OSZE im Allgemeinen noch in diesem Forum im Besonderen gegeben.

Sollte sich in den kommenden Monaten der Tonfall unseres gemeinsamen Austauschs hier im Forum spürbar verbessern, wären wir auch bereit, diesen Aspekt unserer Arbeit zu überdenken.

Ein weiteres vertrautes Instrument bei der Arbeit des Forums, das wir für die Dauer des belarussischen Vorsitzes auszusetzen beschlossen haben, ist der Einsatz von Koordinatorinnen und Koordinatoren für einzelne Themenbereiche.

Soweit in aller Kürze zu dem, was in der kommenden Sitzungsperiode nicht Teil der Arbeit des Forums sein wird.

Nun ein paar Worte dazu, was hingegen Teil dieser Arbeit sein wird.

Das Forum wird nach Möglichkeit wöchentlich zusammenkommen, wobei jede Delegation das Recht hat, eine allgemeine Erklärung abzugeben.

Wir hoffen, – das Einverständnis aller Teilnehmerstaaten vorausgesetzt – im Juni die nächste jährliche Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodexes abhalten zu können.

Wir werden versuchen, uns auf Vorschläge für die Tagesordnung der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz zu verständigen.

Das ist alles, was aus unserer Sicht zum Format unserer Arbeit in den kommenden drei Monaten zu sagen ist.

1008. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1014, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,
Botschafter Dapkiunas,

wir beglückwünschen die Delegation von Belarus herzlich zur Übernahme des Vorsitzes im OSZE-Forum für Sicherheitskooperation (FSK), die in eine schwierige Phase der Arbeit unseres autonomen Beschlussfassungsorgans fällt. Wir stimmen mit Ihrer Aussage überein, dass wir über eine Rückbesinnung des FSK auf seine politisch-militärischen Wurzeln nachdenken sollten, insbesondere durch die sorgfältige Suche nach Antworten auf die gegenwärtigen Herausforderungen für die europäische Sicherheit. Wir sind überzeugt, dass unsere geschätzten belarussischen Freunde die Aufgaben des Vorsitzes professionell und mit Würde wahrnehmen und die Verhandlungstraditionen des Forums fortführen werden, die auf dem Konsensprinzip, der gegenseitigen Achtung und der Berücksichtigung der Interessen aller Teilnehmerstaaten beruhen.

Bei jedem Dialog, und insbesondere bei einem Dialog über politisch-militärische Sicherheitsfragen in Europa, ist eine konstruktive Haltung unerlässlich. Was wir bisher in der OSZE vernommen haben, ist jedoch nichts als ständige russophobe Hysterie und das Mantra, es sei unmöglich, „einfach zur Tagesordnung überzugehen“. Wenn wir dieser Logik folgen, dann hätten unser Land und gleichgesinnte Länder 1999, vor dem Hintergrund der blutigen Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO, genauso die Tür zugeschlagen und die sinnvolle Arbeit der OSZE blockieren können. Dann hätte es auch kein Gipfeltreffen von Istanbul gegeben, die Staats- und Regierungschefs hätten die Europäische Sicherheitscharta nicht verabschiedet, und das Übereinkommen über die Anpassung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa, das modernisierte Wiener Dokument 1999 und viele andere grundlegende Dokumente und Beschlüsse, die die Vision eines OSZE-Raums ohne Trennlinien und Zonen mit unterschiedlichem Sicherheitsniveau prägten, wären infrage gestellt worden. Russland ist jedoch ein verantwortungsbewusstes Land, das in der Lage ist, mit anderen zu einer Übereinkunft zu kommen. Wir haben stets an die Bedeutung der Entwicklung kollektiver Prinzipien in internationalen Angelegenheiten geglaubt.

Wir stellen fest, dass unsere westlichen Kolleginnen und Kollegen eine andere Auffassung vertreten, indem sie lieber ihnen unbequeme Staaten boykottieren, als international zusammenzuarbeiten, lieber internationale Foren durch deren Unterordnung unter die

Interessen der westlichen Minderheit aushöhlen, als sie zu stärken. Der Grund dafür ist, dass die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Satellitenstaaten versuchen, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Grundlage der Vereinten Nationen und des Völkerrechts entstandene Architektur durch eine „regelbasierte Ordnung“ zu ersetzen. Im Versuch, den bevorstehenden Kollaps der unipolaren Weltordnung zu verhindern, provozieren sie tragische Krisen. Zu diesem Zweck lassen sie sich im Geiste der jesuitischen Logik Niccolò Machiavellis auf einen schändlichen Stellvertreterkrieg in der Ukraine unter dem Deckmantel der „Friedenssicherung“ ein. Sie setzen alle verfügbaren Mittel ein, um Staaten zu unterdrücken, die eine unabhängige Außenpolitik verfolgen. Sie schrecken vor nichts zurück, um ihre eigenen geopolitischen Ambitionen zu befriedigen, gefährden die Energie- und Nahrungsmittelsicherheit ganzer Weltregionen und fügen ihren eigenen Bürgerinnen und Bürgern enormen Schaden zu.

Die Krise der gesamteuropäischen Sicherheit, die auch die OSZE erfasst hat, ist kein neues Phänomen und nicht Russlands Schuld. Sie hängt in erster Linie mit der langjährigen destruktiven Politik der Vereinigten Staaten und ihrer Satellitenstaaten zusammen, die entgegen den Versprechungen, die gegenüber der sowjetischen Führung gemacht wurden (es sei hier an den Inhalt des Gesprächs zwischen Michail Gorbatschow und James Baker am 9. Februar 1990 in Moskau erinnert), fünf NATO-Erweiterungswellen vorgenommen haben und damit ihre militärische Infrastruktur bis unmittelbar an unsere westlichen Grenzen herangebracht haben. Nun gibt es Pläne, die „Ostflanke“ des Bündnisses (oder ist es nicht bereits die Ost-„Front“?) für die Gefechtsausbildung ukrainischer Nationalisten zu nutzen, die nicht nur Russinnen und Russen, sondern überhaupt jeden töten sollen, der mit dem derzeitigen Regime in der Ukraine nicht einverstanden ist. Sind die Vertreterinnen und Vertreter der NATO-Länder noch nicht müde, dem FSK vorzulügen, sie verträten einen Verteidigungsblock? Potenzielle neue Mitglieder des Bündnisses aus den Reihen der noch neutralen Staaten werden sich ebenfalls automatisch an der „Frontlinie“ der NATO wiederfinden und werden ganz im Sinne der Blockdisziplin „auf Linie bleiben“ müssen. Die negativen Folgen für den Frieden und die Stabilität in Europa und für ihre eigene Sicherheit werden offensichtlich sein.

Die jüngere Geschichte Europas zeigt, dass die NATO-Mitgliedsländer auch gar nicht die Absicht hatten, den von ihnen auf höchster Ebene in der OSZE eingegangenen Verpflichtung nachzukommen, ihre eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten zu stärken. Im Jahr 2009 lehnten sie unsere Initiative zur Unterzeichnung des Vertrags über die Sicherheit in Europa arrogant ab, und Anfang dieses Jahres verwarfen sie die Entwürfe zu Verträgen mit den Vereinigten Staaten und der NATO über Sicherheitsgarantien. Sie weigerten sich, zu erklären, wie sie die Verpflichtung zur Unteilbarkeit der Sicherheit, wie sie in der Europäischen Sicherheitscharta und der Gipfelerklärung von Astana 2010 verankert ist, in der Praxis wortgetreu umzusetzen gedenken. Als Schlag ins Gesicht für den „Geist von Torgau“ und die gemeinsame Geschichte als Alliierte im Zweiten Weltkrieg legten sie die aktive Phase der großangelegten NATO-Übung „DEFENDER-Europe 2022“ genau auf den 77. Jahrestag des Sieges über den Nationalsozialismus.

Einfach gesagt, hat der kollektive Westen sich für eine Strategie der politischen Abrechnung mit Russland entschieden. Wenn unsere Kolleginnen und Kollegen glauben, dass sie auf diese Weise die gesamteuropäische Stabilität stärken werden, irren sie sich gewaltig.

Im „Great Game“ der Vereinigten Staaten und der NATO wird die Ukraine ausschließlich als Werkzeug zur „Einhegung“ unseres Landes gesehen, und die

Ukrainerinnen und Ukrainer selbst dienen dabei als reines Kanonenfutter. Der kollektive Westen hat den verfassungswidrigen Staatsstreich im Februar 2014 erst provoziert und dann unterstützt. Anstatt die ukrainische Regierung zu ermutigen, den innerukrainischen Konflikt mit politischen Mitteln auf der Grundlage des Minsker Maßnahmenpakets zu lösen, haben die westlichen Länder das Kyjiwer Regime acht Jahre lang mit Waffen versorgt und die ukrainische Armee sowie die nazistischen Banderiten-Bataillone, die auch nach ukrainischem Recht illegale bewaffnete Formationen waren, ausgebildet und aufgerüstet. Damals wie heute setzten sie alles daran, den Verhandlungsprozess und den Abschluss politischer Vereinbarungen zu vereiteln. Frieden in der Ukraine zu schaffen, war nie Teil ihrer Pläne. Urteilen Sie selbst.

Radio-Canada veröffentlichte vor kurzem Beweise dafür, dass die kanadische Regierung ihre militärische Ausbildungsmission „UNIFIER“ in der Ukraine dazu genutzt hat, radikale Nazis auszubilden, darunter Kämpfer des nationalistischen Asow-Bataillons. Die Absolventen dieses Programms, das, wie man uns im FSK versicherte, „rein defensiver Natur“ sei, benutzen heute ukrainische Zivilistinnen und Zivilisten als menschlichen Schutzschild, errichten Feuerstellungen in Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern, foltern Menschen, die einer normalen Haltung gegenüber Russland verdächtigt werden, und begehen massenhaft Kriegsverbrechen, wobei sie im wahrsten Sinne des Wortes eine Spur von Blut und verbrannter Erde hinterlassen. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums haben ukrainische Kämpferinnen und Kämpfer in der Stadt Marhanez in der Region Dnipropetrowsk den Damm des Stausees bei Mykolajiw vermint, so dass die Stadt selbst und eine Reihe benachbarter Siedlungen mit über 45 000 Einwohnern bei einer Sprengung möglicherweise überflutet würden. Das russische Untersuchungskomitee sammelt in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Öffentlichen Gerichtshof für die Ukraine, an dem Vertreterinnen und Vertreter aus mehr als 20 Ländern beteiligt sind, Informationen über die Aktionen der Nationalisten, die mit direkter Unterstützung des Westens durchgeführt wurden. Alle, die sich Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuschulden haben kommen lassen, werden streng bestraft werden.

Mit Hilfe der NATO-Länder entwickelt sich die Ukraine zu einer Drehscheibe für ausländische Terroristinnen und Terroristen und Söldnerinnen und Söldner mit Kampferfahrung in „Krisenherden“. Seit Beginn der russischen Militäroperation sind mehr als 6 800 ausländische Söldnerinnen und Söldner aus 63 Staaten in das Land geströmt. Bei der überwiegenden Mehrheit handelt es sich um Staatsangehörige Polens, der Vereinigten Staaten, Kanadas, Rumäniens, des Vereinigten Königreichs und Georgiens. Gleichzeitig versorgt der Westen das Kyjiwer Regime ohne Unterlass mit Waffen und verstößt damit gegen alle bestehenden völkerrechtlichen Vereinbarungen über die Unzulässigkeit der Lieferung von Militärgütern in Kampfgebiete. Außerdem geben die USA und ihre Satellitenstaaten selbst zu, dass sie nicht in der Lage sind, den endgültigen Auslieferungsort der gelieferten Waffen zu ermitteln. Haben die US-Regierung und die europäischen Hauptstädte wirklich vergessen, wie sie zunächst „gemäßigte“ Kämpfer in Afghanistan, in Syrien und im Irak finanzierten und dann unter den von diesen verübten Terroranschlägen litten?

Es ist so weit gekommen, dass der Westen die ukrainische Regierung offen mit Nachdruck dazu auffordert, russisches Hoheitsgebiet mit Waffen aus NATO-Ländern anzugreifen. Wir haben die entsprechende Erklärung des britischen Parlamentarischen Unterstaatssekretärs im Verteidigungsministerium James Heappey zur Kenntnis genommen und warnen nachdrücklich davor, dass, sollte die ukrainische Regierung direkt zu Angriffen auf Einrichtungen

im Hoheitsgebiet der Russischen Föderation provoziert werden, dies unverzüglich eine angemessene Reaktion nach sich ziehen wird. Russland ist rund um die Uhr in Alarmbereitschaft, um Vergeltungsschläge gegen Entscheidungszentren – auch in Kyjiw – anzusetzen, wovon die russische Armee bisher abgesehen hat. Auf Beraterinnen und Berater in ukrainischen Entscheidungszentren, bei denen es sich um Staatsangehörige westlicher Länder handelt, wird Russland bei seinen Vergeltungsmaßnahmen nicht zwingend Rücksicht nehmen. Wir beabsichtigen, mit der systematischen Zerstörung von an das kriminelle Kyjiwer Regime gelieferten westlichen Militärgütern und ausländischen Söldnern – beides militärische Ziele – mit Hochpräzisionswaffen fortzufahren.

Herr Vorsitzender,

die am 24. Februar eingeleitete militärische Spezialoperation ist darauf ausgerichtet, den Genozid an der Zivilbevölkerung des Donbass zu verhindern, die die „zivilisierte“ westliche Welt nicht für schützenswert hält, und die vom ukrainischen Hoheitsgebiet ausgehenden Bedrohungen für die nationale Sicherheit der Russischen Föderation, der Volksrepublik Donezk (DVR) und der Volksrepublik Luhansk (LPR) auszuschalten. Als ein Land, das 1945 entscheidend zum Sieg über den Nationalsozialismus beigetragen hat, erinnern wir uns gut daran, wie die „braune Pest“ in Verbindung mit einem aggressivem Militarismus Europa unterjocht hatte. Heute ist unser Kontinent erneut mit dem Wiederaufleben offiziell verbotener Erscheinungsformen von Faschismus und Neonazismus konfrontiert, da mit den Migrationsströmen aus der Ukraine auch von Bandera inspirierte Kriminelle mit neonazistischen Anschauungen vor der unvermeidlichen Strafverfolgung fliehen. Wir werden nicht zulassen, dass sich die Szenarien der 1940er-Jahre wiederholen. Es besteht kein Zweifel, dass die Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine zu Ende geführt wird.

Wir wissen, dass die Erfolge der russischen militärischen Spezialoperation im Westen für Irritationen sorgen. Dem russischen Verteidigungsministerium liegen Informationen vor, wonach die Vereinigten Staaten Provokationen vorbereiten, um die russischen Streitkräfte zu diffamieren und sie des Einsatzes chemischer, biologischer oder taktischer Kernwaffen zu bezichtigen. Wie der russische Präsident Wladimir Putin wörtlich sagte: „Wenn jemand die Absicht hat, von außen in das laufende Geschehen einzugreifen und strategische Bedrohungen für Russland zu schaffen, die für uns inakzeptabel sind, sollte er sich bewusst sein, dass unsere Vergeltungsschläge blitzschnell erfolgen werden. Wir haben alle nötigen Instrumente dafür, Instrumente, derer sich heute niemand anderes rühmen kann. Doch rühmen werden wir uns ihrer auch gar nicht, sondern sie einfach bei Bedarf einsetzen. Das muss allen bewusst sein.“

Die Dokumente über die Biowaffenaktivitäten der Vereinigten Staaten auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine, die das russische Verteidigungsministerium während der militärischen Spezialoperation in seinen Besitz gebracht hat, untermauern unsere seit langem erhobenen Behauptungen betreffend die Einhaltung des Übereinkommens über biologische Waffen und Toxinwaffen (BWÜ) durch die US-Regierung. Entgegen ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen haben die Vereinigten Staaten in ihrer nationalen Gesetzgebung auch Bestimmungen beibehalten, die Tätigkeiten auf dem Gebiet biologischer Waffen erlauben, und die US-Regierung hat bei der Ratifizierung des Genfer Protokolls von 1925 eine Reihe von Vorbehalten geltend gemacht, die den Einsatz von chemischen, bakteriologischen und Toxinwaffen ermöglichen. Gleichzeitig ignorieren die Vereinigten Staaten hartnäckig unsere Ersuchen um ausführliche Erläuterungen zu ihren militärischen biologischen Aktivitäten

außerhalb ihres nationalen Hoheitsgebiets, insbesondere in der Ukraine. Ausreden werden hier nichts fruchten.

Diesbezüglich schließen wir die Möglichkeit nicht aus, die Mechanismen nach Artikel V und VI des BWÜ in Anspruch zu nehmen, wonach sich die Vertragsstaaten verpflichten, einander zu konsultieren, um alle Probleme zu lösen, die sich in Bezug auf das Ziel oder bei der Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens ergeben können, und bei der Durchführung von Untersuchungen angeblicher Verletzungen des BWÜ zusammenzuarbeiten. Darüber hinaus gedenkt die russische Seite, US-amerikanischen Amtsträgerinnen und -träger und Vertreterinnen und Vertretern einschlägiger Unternehmen eine Einladung zur Teilnahme an einer Sitzung des parlamentarischen Ausschusses der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation zur Untersuchung der Biowaffenaktivitäten der US-Regierung in der Ukraine zukommen zu lassen. Unter anderem ist die Einladung der Staatssekretärin im US-Außenministerium für politische Angelegenheiten Victoria Nuland als „Zeugin“ geplant.

Während die ukrainische Regierung und der Westen Pläne für weitere antirussische Provokationen schmieden, wovon wir sie immer wieder gewarnt haben, leistet unser Land wichtige humanitäre Arbeit in den befreiten Gebieten der Ukraine. Trotz der von der ukrainischen Regierung verursachten Schwierigkeiten wurden bereits mehr als 1 Million Menschen, darunter mehr als 196 000 Kinder, ohne Beteiligung der ukrainischen Behörden aus gefährlichen Regionen in russisches Hoheitsgebiet evakuiert.

Dank der Initiative des russischen Präsidenten Wladimir Putin konnten mehr als 100 Zivilpersonen aus dem Asowstal-Werk in Mariupol gerettet werden. In einem Interview mit dem britischen Fernsehsender BBC sagten sie, dass sie etwa zwei Monate lang von Kämpfern des nationalistischen Asow-Bataillons gewaltsam festgehalten worden seien – von den gleichen Kämpfern also, die acht Jahre lang von NATO-Ländern ausgebildet worden waren, wie ich erneut betonen möchte. In diesem Zusammenhang haben wir die Medienberichte über die Festsetzung des kanadischen Generals im Ruhestand Trevor Cadieu bei seinem Fluchtversuch aus dem Asowstal-Werk zur Kenntnis genommen. Angeblich sollte er einmal den Posten des Oberbefehlshabers des kanadischen Heeres übernehmen. Möglicherweise befinden sich noch weitere ausländische Ausbilder und Söldner in dem Werk, wobei sie sich feige hinter ukrainischen Zivilpersonen, darunter Frauen und Kinder, verstecken. Nun – die ukrainische Delegation kann sich, wie sie es gerne tut, bei ihren internationalen Partnern für diese Art der „Hilfe“ bedanken.

Während der militärischen Spezialoperation der Streitkräfte der Russischen Föderation und der Truppen der DVR und der LNR wurden wichtige Teile der DVR und der LNR, die gesamte Region Cherson und Teile der Regionen Charkiw, Saporischschja und Mykolajiw befreit. Der friedliche Alltag wird dort wiederhergestellt, und die Zuwendungen an Rentnerinnen und Rentner, Ärztinnen und Ärzte, Lehrerinnen und Lehrer sowie andere Beschäftigte des öffentlichen Diensts laufen weiter. Auf Anordnung von Präsident Putin sollen Veteraninnen und Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges, die in den genannten Regionen leben, zum 77. Jahrestag des Sieges eine einmalige Zahlung erhalten. Vor diesem Hintergrund nehmen wir mit Bedauern zur Kenntnis, dass die ukrainische Regierung der Werchowna Rada (dem ukrainischen Parlament) einen Gesetzesentwurf über den Austritt aus dem Übereinkommen über die Bewahrung des Gedenkens an den Mut und das Heldentum der Völker der Länder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten in diesem gemeinsamen Krieg unterbreitet hat.

Herr Vorsitzender,

abschließend möchten wir das Kyjiwer Regime und seine Strippenzieher davor warnen, die Lage im Bereich der europäischen Sicherheit weiter zu destabilisieren. Unter den gegenwärtigen Umständen sollten wir uns vollauf bewusst sein, dass eine verantwortungslose Eskalation in Wort und Tat absolut nicht hinnehmbar ist.

Alles, was heute gesagt wurde, bestätigt nur die Bedeutung des Forums als einzigartiger ständiger gesamteuropäischer Plattform zur Sicherstellung der Stabilität in Europa. Wir wünschen dem gut eingespielten Team des Vorsitizes viel Erfolg. Wir bekräftigen unsere grundsätzliche Bereitschaft zu einer engen und produktiven Zusammenarbeit mit unseren geschätzten belarussischen Freunden bei der Stärkung der Grundlagen dieses unseres autonomen Beschlussfassungsorgans der OSZE. Mögliche Versuche einiger Teilnehmerstaaten, dessen bedeutsame Arbeit zu blockieren, werden sie selbst mit ihrem Gewissen zu vereinbaren haben.

Wir danken unseren aserbaidshchanischen Freundinnen und Freunden, deren Vorsitz nun zu Ende gegangen ist, für ihre professionelle Führung des FSK in einer schwierigen Zeit. Wir begrüßen Belgien als neues Mitglied der FSK-Troika und danken auch Österreich als scheidendem Mitglied der Troika.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das FSK-Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1008. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1014, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DES VORSITZES**

Ihr Ersuchen wird zur Kenntnis genommen.

Gestatten Sie mir einen kurzen Exkurs.

Dies ist die routinemäßige Floskel, die Sie nach jedem Ersuchen um Beifügung des Wortlauts einer Erklärung zum Journal des Tages von den Vorsitzenden der Sitzungen des Forums und des Ständigen Rates zu hören bekommen.

Um sparsam mit der Zeit der verehrten Mitglieder des Forums umzugehen und die Abläufe pragmatisch zu gestalten, beabsichtigt der Vorsitzende, auf die mehrmalige Wiederholung dieser Floskel zu verzichten.

Lassen Sie mich die Logik hinter unserer Entscheidung erklären. Nach Abschnitt IV.1 (B) Absatz 7 der Geschäftsordnung der OSZE kann der Wortlaut von auf einer Sitzung abgegebenen Erklärungen dem Journal der Sitzung als Anhang beigefügt werden, wenn ein Vertreter oder eine Vertreterin bei der Sitzung darum ersucht und der oder die Vorsitzende zustimmt.

Da der Vorsitz des Forums keinen Grund für eine abschlägige Entscheidung über ein solches Ersuchen von Delegationen von Teilnehmerstaaten sieht, erteilt er seine pauschale Zustimmung zur automatischen Beifügung aller auf Sitzungen des Forums abgegebenen Erklärungen zum Journal des Tages, sofern die jeweilige Delegation darum ersucht.

Dem Ersuchen kann natürlich nur nachgekommen werden, wenn die schriftliche Erklärung rechtzeitig beim Referat Sitzungsbetreuung eingereicht wird.

1008. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1014, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Die Vereinigte Staaten werden mit dem belarussischen Vorsitz des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) nicht in Austausch treten. Der Grund für unsere Haltung sollte offenkundig sein: Belarus hat Russland gestattet, sein Hoheitsgebiet für einen ungerechtfertigten und barbarischen Einmarsch in die Ukraine zu nutzen, was Belarus in Bezug auf Russlands Aggression zum Mittäter macht.

Als Komplize der russischen Aggression sollte Belarus unserer Überzeugung nach nicht den Vorsitz in diesem Forum führen, das das Mandat hat, die Sicherheitskooperation zu stärken, „einschließlich durch die weitere Förderung von Normen verantwortungsbewussten und kooperativen Verhaltens im Hinblick auf politisch-militärische Sicherheitsaspekte“. Belarus hat die Sicherheitskooperation nicht „gestärkt“, sondern vielmehr, indem es der unverfrorenen Aggression Russlands Vorschub geleistet hat, unter offenkundiger Verletzung sämtlicher Normen verantwortungsbewussten und kooperativen Verhaltens zur Verschlechterung der Sicherheit in Europa beigetragen. Wir schätzen dieses Forum zu sehr, um zuzulassen, dass es der Lächerlichkeit preisgegeben wird. Es kann nicht sein, dass wir einerseits miterleben, welchen Tribut diese Aggression den Menschen abverlangt, und andererseits so tun sollen, als könnte Belarus als neutraler Vermittler oder gar als „technischer“ Vorsitz fungieren.

Missverstehen Sie unser Schweigen nicht als Zustimmung oder Duldung der Desinformation, die Russland im Zuge seines fortgesetzten Missbrauchs dieses Forums zu Propagandazwecken ohne Zweifel weiter betreiben wird. Wir alle kennen das russische Drehbuch. Es ist festzuhalten, dass jedes einzelne Wort der russischen Delegation jeglicher Glaubwürdigkeit entbehrt.

Heute ist ein finsterner Tag für das FSK, und es sind dies auch finstere Tage für die Ukraine und Europa, doch dieses Forum wird überleben und wieder aufblühen, wie auch die Ukraine überleben und wieder aufblühen wird, und wir werden einst unsere zentrale Arbeit zur Stärkung der Sicherheitskooperation wieder aufnehmen können. Wir vertrauen darauf, dass Belgien als nächster Vorsitz diese Aufgabe in Angriff nehmen wird.

Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

1008. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1014, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

ich beehre mich, im Namen der ukrainischen Delegation das Wort zu ergreifen, um den Standpunkt der Ukraine in der Frage des belarussischen Vorsitzes im OSZE-Forum für Sicherheitskooperation (FSK) zu erläutern.

In seiner Erklärung auf der Abschlusssitzung unter dem aserbaidischen FSK-Vorsitz sagte der Botschafter von Belarus Folgendes: „Wichtig ist eine Rückbesinnung des Forums auf seine ‚Wurzeln‘: die Suche nach Lösungen für die Fragen, die vor drei Jahrzehnten zur Schaffung dieser einzigartigen Plattform zur gleichberechtigten und von wechselseitiger Achtung getragenen Erörterung aktueller Themen betreffend die Sicherheit in Europa geführt haben.“

Das FSK wurde vor 30 Jahren geschaffen, um durch seinen Schwerpunkt auf besserer Berechenbarkeit, militärischer Transparenz, Stabilität, Risikominderung und der Verhinderung von Zwischenfällen die Sicherheitslage im OSZE-Raum zu verbessern. Die grundsätzlichen Erörterungen zur Erreichung dieser Ziele bleiben wichtig. Es scheint uns jedoch ein Ding der Unmöglichkeit, sich damit abzufinden, dass diese Erörterungen unter dem Vorsitz eines Teilnehmerstaats, der einen laufenden Großkrieg im OSZE-Raum unterstützt und dabei an der Seite des Aggressors steht, und nach einer von diesem Teilnehmerstaat bestimmten Tagesordnung stattfinden werden.

Die Republik Belarus hat der Russischen Föderation für den Einmarsch von Bodentruppen in die Ukraine Teile ihres Hoheitsgebiets zur Verfügung gestellt. Mindestens drei Regionen der Ukraine – Kyjiw, Schytomyr und Tschernihiw – wurden von belarussischem Hoheitsgebiet aus angegriffen. Belarus hat Russland Flugplätze für Luftangriffe und Startgelände für Raketenangriffe zur Verfügung gestellt, darunter gezielte Angriffe auf die Zivilbevölkerung. Solche Handlungen fallen eindeutig unter die Definition von Angriffshandlungen gemäß der Anlage „Definition der Aggression“ zur Resolution 3314 (XXIX) der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Wir erachten es als nicht hinnehmbar, ja als schädlich für Wort und Geist der bestehenden Verpflichtungen in der politischen-militärischen Dimension, dass ein Staat, der

aktiv an der unverfrorenen Verletzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen durch die Russische Föderation mitwirkt, den Vorsitz im Forum für Sicherheitskooperation der OSZE führen soll.

Wir bedauern, dass Belarus nicht auf die Übernahme des FSK-Vorsitzes verzichtet hat. Allein schon, dass es den Vorsitz führt, ist ein Affront gegen die Prinzipien, auf denen die OSZE beruht.

Deshalb möchte ich betonen, dass es der Delegation der Ukraine angesichts dieser Umstände unmöglich ist, unter dem belarussischen Vorsitz ihre übliche Teilnahme und Mitwirkung an FSK-Sitzungen fortzuführen.

Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Vielen Dank, geschätzte Kolleginnen und Kollegen.

1008. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1014, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Herr Vorsitzender, lassen Sie mich im Anschluss an die Erklärungen der Ukraine und der Vereinigten Staaten von Amerika den Standpunkt der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten sowie der Teilnehmerstaaten, die sich dieser Erklärung anschließen, erläutern.

Das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) wurde vor fast 30 Jahren mit einem klaren Mandat in der politisch-militärischen Dimension der OSZE gegründet, um die Sicherheitsbedürfnisse und -besorgnisse aller Teilnehmerstaaten zu erörtern und durch mehr militärische Transparenz und Berechenbarkeit und den Aufbau wechselseitigen Vertrauens auf den Frieden im OSZE-Raum hinzuwirken.

Seit mehr als zwei Monaten wird unser Kontinent vom brutalen und allumfassenden Angriffskrieg Russlands gegen seinen souveränen, demokratischen und friedlichen Nachbarstaat, die Ukraine, verheert. Nach wie vor ist die ganze Welt entsetzt über die Bilder dieses Kriegs.

Russland trägt die volle Verantwortung für seine barbarischen Handlungen, die unsägliches menschliches Leid und furchtbare menschliche Tragödien, den Verlust von Menschenleben, massive Vertreibungen und die Zerstörung vieler ukrainischer Städte zur Folge haben. Die gezielte Tötung unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten, die blutige Neuziehung von Grenzen und der Versuch, den Willen eines freien Volkes zu unterdrücken, stellen einen groben Verstoß gegen das Völkerrecht, die Prinzipien der VN-Charta und der OSZE sowie gegen die grundlegenden Konzepte von Moral, von Recht und Unrecht dar. Seien Sie sich gewiss: Wir werden keine Mühen scheuen, um all diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die für Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich sind.

Heute, da Belarus im Einklang mit der OSZE-Geschäftsordnung den FSK-Vorsitz übernimmt, besteht kein gegenseitiges Vertrauen mehr. Die militärische Transparenz und Berechenbarkeit wurde durch die von Belarus als Komplizen unterstützten Aktionen Russland in erheblichem Maße untergraben.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sehen in der russischen Aggression eine direkte Bedrohung der europäischen und globalen Sicherheit und Stabilität. Es handelt sich um eine Zeitenwende mit einem Dominoeffekt auf viele Weltregionen. Wir sind sicher, dass sich diese unprovokierte und ungerechtfertigte Aggression gegen die Ukraine als strategischer Fehlschlag erweisen wird. Aus diesem Grund werden wir die Ukrainerinnen und Ukrainer weiterhin bei der heldenhaften Verteidigung ihrer Heimat und ihres Rechts, selbst über ihre Zukunft und ihr Schicksal zu entscheiden, unterstützen. Wir werden den Invasoren auch weiterhin hohe Kosten auferlegen.

Wir beklagen die Beihilfe von Belarus, das die militärische Aggression Russlands ermöglicht und unterstützt, indem es sein Hoheitsgebiet und seine logistische Infrastruktur für den Angriff auf seinen Nachbarn zur Verfügung stellt. Am 16. Februar 2022, acht Tage vor Beginn der Invasion, erklärte Belarus in der gemeinsamen Sitzung des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation in Bezug auf die Übung „Entschlossenheit der Union 2022“ Folgendes: „Die Übung richtet sich gegen gar niemanden. Sie stellt keine Bedrohung für Nachbarländer oder die Sicherheit in der Region insgesamt dar.“ Diese hohlen Phrasen hallen noch immer in unserem Gedächtnis nach. Wir wissen, was danach geschah. Belarus wurde zum Mitaggressor. Panzer rollten von belarussischem Hoheitsgebiet aus, und auch durch das Sperrgebiet um Tschernobyl, in Richtung Kyjiw. Vom belarussischem Hoheitsgebiet aus wurden Raketen auf die Ukraine abgefeuert. Es folgten die Gräueltaten der Invasoren in Butscha, Irpin und anderen Orten in der Oblast Kyjiw.

Der OSZE kommt in Konfliktsituationen eine einzigartige Rolle zu. Die Hauptaufgabe der Organisation besteht darin, Frieden, Stabilität und Sicherheit in Europa zu erhalten und zu fördern. Die Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten ist auch zentral für das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE. Der Zusammenhang zwischen Repression nach innen und Aggression nach außen ist unbestreitbar. Wir können dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, nur voll und ganz zustimmen, der letzte Woche in Kyjiw sagte, der Krieg sei eine Absurdität im 21. Jahrhundert. Das machen uns die russischen Streitkräfte Tag für Tag bewusst.

Wir fordern, dass Russland seine Militäraktionen unverzüglich und bedingungslos einstellt und alle seine Truppen und sein Gerät aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine, einschließlich der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim, abzieht. Wir fordern auch Belarus erneut auf, die russische Aggression nicht weiter mitzutragen und seine völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten.

Unter den gegenwärtigen Umständen können wir nicht einfach zur gewohnten Tagesordnung übergehen, auch nicht in diesem Forum. Die Rolle von Belarus bei der Ermöglichung der russischen Aggression hat die Legitimität und Glaubwürdigkeit des belarussischen FSK-Vorsitzes massiv untergraben. Als deutliches Zeichen unseres Protestes beabsichtigen wir, unsere Mitwirkung im FSK in der laufenden Sitzungsperiode auf ein absolutes Minimum zu beschränken.

Herr Vorsitzender, ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien¹, Montenegro¹ und Albanien¹ und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen sowie die Ukraine, Georgien, Andorra und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

1008. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1014, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

zu Beginn einer neuen Sitzungsperiode hier im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) müssen wir uns der Tatsache stellen, dass sich der dunkle Schatten des Krieges über Europa gelegt hat und wir uns noch nie dagewesenen Herausforderungen für unsere Arbeit hier im FSK gegenüber finden.

Angesichts eines Akts beispielloser Missachtung unserer gemeinsamen OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen sowie des Völkerrechts steht diese Frühjahrsperiode im Zeichen des unverfrorenen Angriffs der Russischen Föderation auf ihr souveränes Nachbarland – eines Angriffs, der direkt unter den Augen dieses Forums geplant und eingeleitet wurde, wobei die Russische Föderation und Belarus unsere gemeinsamen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen mit kühnen, doch offenkundig falschen Aussagen hier in diesem Saal verhöhnten. Belarus ist nach wie vor Mittäter in diesem Konflikt, da es nicht nur die Bereitstellung russischer Kampftruppen, sondern auch die Durchführung von Kampfeinsätzen von seinem Hoheitsgebiet aus gestattet hat. In diesem Forum hat man uns gesagt: „Russland hat nicht die Absicht gehabt, in die Ukraine einzumarschieren, es wird keinen Krieg geben, der Westen ist ‚hysterisch‘, und die Truppen entlang der Grenze nehmen an einer Übung teil oder kehren an ihre Heimatstützpunkte zurück“. All das war einfach eine glatte Lüge, ein Täuschungsversuch, und ihn hier zu unternehmen, ein eklatanter Missbrauch dieses Forums. Dieses Vorgehen Russlands (mit der Beihilfe von Belarus) ist und bleibt völlig unvereinbar mit unseren gemeinsamen OSZE-Prinzipien und stellt einen direkten Affront gegen die regelbasierte internationale Ordnung dar.

Wir dürfen nicht vergessen, dass Russlands Akt der Aggression sich als ausgewachsener konventioneller Konflikt mit wahllosen Angriffen auf die Zivilbevölkerung und zivile Infrastruktur manifestiert und zu mehr als vier Millionen Flüchtlingen und 12 Millionen Binnenvertriebenen geführt hat. Die Russische Föderation führt ihren Angriffskrieg, einen Krieg, der auf erlogenen Vorwänden fußt, mit einem auf dem europäischen Kontinent seit über 75 Jahren nicht mehr dagewesenen Ausmaß an Gewalt und nimmt dabei wenig bis gar keine Rücksicht auf das Leben unschuldiger Ukrainerinnen und Ukrainer oder den Schutz zivilen Eigentums. Nun, da der Krieg in seinen dritten Monat geht, sind diese Tatsachen mittlerweile der ganzen Welt schmerzlich bewusst. In den letzten Wochen wurden die

abscheulichen Misshandlungen in Butscha und in anderen Städten und Orten in der ganzen Ukraine bekannt, wo die russische Besatzung eine Spur des Grauens, der unterschiedslosen Gewalt und des Todes hinterlassen hat.

Ungeachtet aller Lüge und Propaganda bleibt eine unbestreitbare Tatsache unumstößlich. Die Ukraine und ihre Bevölkerung haben nichts getan, um diesen Konflikt zu provozieren oder zu schüren. Die Ukraine ist nicht der Aggressor. Ganz im Gegenteil. Es gab keine Bedrohung für die Menschen im Donbass, Russland hat diese inszeniert. Russland hat eine Bedrohung, eine Flüchtlingskrise und die Notwendigkeit einer „Intervention“ erfunden und vorgetäuscht.

Wir müssen weiterhin mit Entschlossenheit im Antlitz unverfrorener Propaganda für die Wahrheit eintreten. Wir müssen unerschütterlich an unserer Unterstützung für das ukrainische Volk festhalten, das angesichts dieser unvorstellbaren Tragödie enormen Mut beweist, sich nicht zermürben lässt und für seine Heimat kämpft.

Wir werden unsererseits weiterhin für die Wahrheit eintreten und Russland für diesen ungerechten Krieg zur Rechenschaft ziehen. Wir fordern Russland weiterhin mit Nachdruck auf, diesen Angriffskrieg zu beenden, aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet abzuziehen und seine Soldaten nach Russland zurückzuholen, wo sie hingehören. Russland hat diesen Krieg begonnen, und Russland kann ihn beenden.

Wir müssen die Prinzipien des offenen und ehrlichen Dialogs, die für den Wert des FSK von grundlegender Bedeutung sind, weiterhin hochhalten. Wir werden nicht zulassen, dass das FSK schamlos zur Verbreitung russischer Propaganda missbraucht wird. Dass es Russland für nötig hält, seine eigene Bevölkerung mit Lügen zu überschwemmen, ihr eine alternative Realität vorzuspiegeln und das ihr zur Verfügung stehende Informationsangebot zu kontrollieren, ist erbärmlich und zeigt ganz klar die Angst des Kremls davor, dass das eigene Volk die Wahrheit erfahren könnte. Doch das wird es. Die Wahrheit wird sich durchsetzen, und wir werden danach trachten, dafür sorgen, dass die Wahrheit auch Grundlage unseres Austauschs hier im Forum bleibt.

Danke.

1008. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1014, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Herr Vorsitzender,

während der letzten Sitzungsperiode mussten wir erkennen, dass wir in eine für die Sicherheit im euroatlantischen Raum kritische und gefährliche Phase eingetreten sind. Zusammen mit dem Rest der Welt haben wir mit Entsetzen miterlebt, wie Russland einen unprovzierten, bewusst geplanten und barbarischen Angriff auf die Ukraine verübt hat.

In den vergangenen Wochen konnten wir weiter beobachten, wie sich ein ins Hintertreffen geratenes und frustriertes russisches Militär in grauenhaften Gewaltexzessen erging, und haben fassungslos die laufenden Berichte über getötete und verstümmelte Männer, Frauen und Kinder verfolgt. Dies ist ein einziger großer moralischer Schandfleck für das russische Militär, der niemals vergessen werden wird. Die Ukraine hat den Kampf zur Verteidigung der Heimat aufgenommen, und, wie mein Premierminister gestern in seiner Ansprache an das ukrainische Parlament sagte: „Die Ukrainerinnen und Ukrainer haben die Welt gelehrt, dass die brutale Macht eines Aggressors nichts bedeutet im Vergleich zur moralischen Macht eines Volkes, das entschlossen ist, frei zu sein.“

Herr Vorsitzender, der Plan A der russischen Regierung, einen unabhängigen und demokratischen Staat mit Gewalt zu erobern, ist gescheitert. Putin sucht nun krampfhaft nach etwas, das er seinem Volk als Sieg verkaufen kann – etwas, von dem er sagen kann, es sei den Tod so vieler Tausender russischer Soldaten wert gewesen. Die kommenden Wochen werden entscheidend sein, da Russland weiterhin auf eine gewaltsame „Landnahme“ hinarbeitet.

Russlands Vorgehen ist auch ein Angriff auf die euroatlantische Sicherheitsarchitektur, die darauf ausgelegt wurde, Sicherheit und Stabilität in der Region zu erhöhen, und helfen sollte, durch Vertrauensbildung solche ungeheuerlichen Taten zu verhindern.

Unsere russischen Kollegen ihrerseits haben die vertrauens- und sicherheitsbildenden Mechanismen der OSZE, die das Fundament dieser Organisation bilden, zur Waffe gemacht. Sie haben dieses Forum belogen und belügen es, wie wir heute gesehen haben, auch weiterhin. Sie haben das Vertrauen und den Glauben daran zunichtegemacht, dass wir alle in

diesem Saal eine sichere und stabile Region anstreben – dass wir in gutem Glauben auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten.

Es ist klar, dass wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen können, solange Putin seinen schrecklichen und barbarischen Krieg, für den er sich bewusst entschieden hat, gegen unsere ukrainischen Freundinnen und Freunde führt. In diesem Zusammenhang verurteilen wir die anhaltende Unterstützung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine durch Belarus einschließlich der Ermöglichung der Nutzung seines Hoheitsgebiets durch Russland zur Verübung der barbarischen Angriffe auf die ukrainische Bevölkerung auf das Allerschärfste.

Unser Hauptanliegen muss es nach wie vor sein, zusammenzuarbeiten – egal wie lange es dauert –, um dafür zu sorgen, dass die Souveränität, die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit der Ukraine wiederhergestellt werden. Das Vereinigte Königreich ist mit dem ukrainischen Volk in seinem Kampf um sein Heimatland solidarisch und wird es dabei weiter unterstützen, so auch durch die fortgesetzte Bereitstellung von Militärhilfe.

Vor diesem Hintergrund müssen wir alles in unserer Macht Stehende tun, um die Integrität dieses Forums sicherzustellen, sodass es weiterhin in der Lage ist, sein Mandat zu erfüllen. Diesbezüglich vertrauen wir darauf, dass es weiterhin auf professionelle und angemessene Weise geführt wird.

Danke. Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1008. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1014, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION BELGIENS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Belgien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an. Gestatten Sie mir jedoch, in meiner nationalen Eigenschaft und als neues Mitglied der FSK-Troika einige Bemerkungen hinzuzufügen.

Am 24. Februar dieses Jahres wurde von der russischen Regierung mit Beihilfe der belarussischen Regierung ein ungerechtfertigter und unprovoked Krieg gegen die Ukraine vom Zaun gebrochen, wodurch die internationale Gemeinschaft einschließlich dieser Organisation und dieses Forums sich einer beispiellosen Krise in ihrer Region von seit Gründung der Organisation ungekanntem Ausmaß gegenüber fand. Alle Instrumente der multilateralen Diplomatie zur Verhinderung dieser Krise einschließlich derjenigen der OSZE und des FSK blieben ungenutzt oder wurden sogar aktiv konterkariert. Die Werte des Völkerrechts und die im Rahmen der OSZE eingegangenen Verpflichtungen werden mit Füßen getreten, was enorme humanitäre Kosten nach sich zieht, die tagtäglich größer werden.

Wir müssen in unserer Reaktion auf die derzeitige tragische Lage Entschlossenheit an den Tag legen. Belgien ist überzeugt, dass die Diskussionen zwischen den politisch-militärischen Expertinnen und Experten der OSZE von großer Bedeutung sind, und dies in Kriegzeiten sogar umso mehr. Unserer Ansicht nach bietet das FSK unbestreitbar einen Mehrwert, funktioniert aber nur, wenn alle Staaten den politischen Willen erkennen lassen, das Forum ordnungsgemäß zu nutzen. Für diese Botschaft werden wir uns weiterhin stark machen, auch in der FSK-Troika.

Ich möchte unseren aserbaidyschanischen Kolleginnen und Kollegen für die kompetente Leitung des Forums in den vergangenen vier Monaten danken. Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass Belarus eine technische Vorsitzführung plant; wir hoffen, dass es diese Aufgabe im Einklang mit unseren gemeinsamen Prinzipien wahrnehmen wird.

Zu guter Letzt möchte ich dem polnischen Vorsitz unserer Organisation die volle Unterstützung Belgiens zusichern, insbesondere in diesen schweren Zeiten.

Abschließend möchte ich betonen, dass Belgien seine Rolle als designierter FSK-Vorsitz als Gelegenheit sieht, die Werte und Prinzipien der OSZE und die von allen Teilnehmerstaaten eingegangenen Verpflichtungen zu verteidigen.

Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.